

Zwischen externen Erwartungen und Risiken

Die Beteiligung von Wissenschaftler*innen am öffentlichen Diskurs

Beiträge und Positionierungen von Wissenschaftler*innen sind in der jüngsten Vergangenheit intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Dies hatte nicht nur positive Reaktionen zur Folge.

Vitus Püttmann und Professor Stephan Thomsen vom Institut für Wirtschaftspolitik haben untersucht, inwieweit das Risiko, negative Erfahrungen mit öffentlichen Debatten zu machen, die Diskursbeteiligung von Wissenschaftler*innen beeinflusst.



Die COVID-19-Pandemie hat einmal mehr deutlich gemacht, dass der Stimme von Wissenschaftler*innen eine entscheidende Rolle im öffentlichen Diskurs zukommt. Angesichts der zunehmenden Komplexität gesellschaftlicher Herausforderungen sind die öffentliche Meinungsbildung sowie die politischen Entscheidungsprozesse vermehrt auf eine fundierte wissenschaftliche Expertise angewiesen. Nicht immer sind hierfür etablierte Kanäle wie Gutachten, Expertengremien und die Rezeption von Forschungsergebnissen durch die Medien ausreichend. Gerade sehr kurzfristige erforderliche Ent-

scheidungen bedürfen einer direkten Beteiligung von wissenschaftlichen Akteuren an der Debatte.

Dies spiegelt sich gleichermaßen in den Erwartungen wider, die Öffentlichkeit und Politik an die Wissenschaft haben: Ein Großteil der Bevölkerung bringt der Wissenschaft nicht nur Vertrauen entgegen, sondern befürwortet auch deren Beteiligung an öffentlichen Debatten. Auf Seiten der Politik hat unter anderem das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seine Bemühungen verstärkt, der Wissenschaftskommunikation größeres Gewicht zu

verleihen. Unterstützung hierfür kommt von einer Reihe von Wissenschaftsorganisationen und Stiftungen. Derartige Bemühungen legen aber zugleich nahe, dass Wissenschaftskommunikation bislang (eben) noch kein genuiner Bestandteil wissenschaftlicher Arbeit in der Breite ist – ganz unabhängig von der Frage, ob dies überhaupt erstrebenswert wäre.

Neben der Bedeutung von und der Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise hat die COVID-19-Pandemie verdeutlicht, dass sich mit dem öffentlichen Engagement von Wissenschaftler*innen Risi-

Abbildung 1
Impression von der Anti-Corona Großdemo aus dem August 2020, die von der Bewegung „Querdenken 711“ aus Stuttgart angemeldet wurde.
Foto: picture alliance/sulupress.de

ken verbinden. Ein besonders eindrückliches Beispiel hierfür stellt Professor Christian Drosten (Direktor des Instituts für Virologie an der Charité – Universitätsmedizin Berlin) dar. Er berichtete von Morddrohungen im Zusammenhang mit seinem öffentlichen Engagement während der Pandemie. Eine ähnlich harsche Resonanz erlebte Professor Hendrik Streeck (Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn), gegen den im Zusammenhang mit einer

breiten Raum für persönliche Angriffe.

Aus Sicht der Wissenschaftler*innen selbst kommt der Kommunikation in Richtung Öffentlichkeit eine ganz eigene Stellung innerhalb der Gesamtheit ihrer Aktivitäten zu. Einerseits findet sich häufig die Auffassung, dass derartigen Aktivitäten nur eine nachgeordnete Bedeutung zugeschrieben wird, insbesondere innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Entsprechend finden sich unter den

valenten Charakter hat sich bei mehreren empirischen Untersuchungen die persönliche Einstellung gegenüber der Kommunikation in Richtung Öffentlichkeit als ein zentraler Prädiktor für die individuelle Bereitschaft zum Engagement herausgestellt.

Inwiefern beeinflussen aber die mit einem öffentlichen Engagement verbundenen Risiken die Einstellungen von Wissenschaftler*innen gegenüber diesem Engagement und damit letztlich auch das Aus-

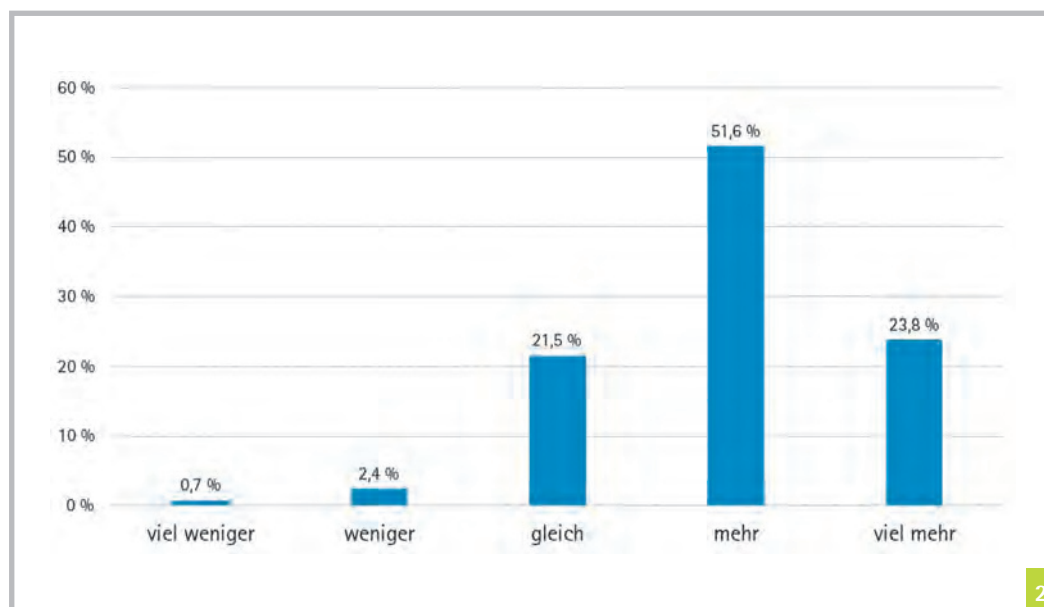


Abbildung 2
Von den Befragten der Kontrollgruppe bevorzugte Veränderung der Beteiligung von Wissenschaftler*innen an öffentlichen Diskussionen (N = 836; Frage „Wenn Sie die Wissenschaftler*innen Ihrer Fachdisziplin betrachten: Sollten sich diese in Zukunft weniger oder mehr in den öffentlichen Diskurs einbringen?“).

Quelle: Eigene Darstellung

seiner Studien Strafanzeige gestellt wurde. Auch jenseits derartig drastischer Beispiele können negative Auswirkungen der öffentlichen Sichtbarkeit von Wissenschaftler*innen für deren berufliches und mitunter auch privates Leben nicht ausgeschlossen werden. Dies betrifft insbesondere kontrovers geführte Debatten und wird durch die Vielfalt möglicher Kommunikationskanäle noch verstärkt. Gerade die von Onlinemedien, und hierbei insbesondere von den sozialen Netzwerken, geschaffenen Möglichkeiten des niedrigschwiligen Austausches zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit bie-

Gründen für eine Beteiligung allem voran Motive, die sich darauf richten, die Öffentlichkeit zu informieren und das Ansehen der Wissenschaft zu verbessern. Der Nutzen für die eigene wissenschaftliche Arbeit und Karriere scheint hingegen weniger relevant zu sein. Andererseits zeichnet sich in den vergangenen Jahren eine Veränderung ab. Neben den benannten Entwicklungen im Umfeld der Wissenschaft, die eine Verschiebung von Prioritäten anzeigen, finden sich mittlerweile durchaus Wissenschaftler*innen, die ein derartiges Engagement als karriereförderlich ansehen. In Einklang mit diesem ambi-

maß des Engagements tatsächlich? In einem durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) geförderten Projekt beantworten wir diese Frage durch eine randomisiert kontrollierte Studie, ausgestaltet als sogenanntes Survey Experiment.¹ Das Experiment war Teil einer Ende des Jahres 2020 durchgeführten Befragung von Professor*innen aller deutschen Hochschulen in öffentlich-rechtlicher und kirchlicher Trägerschaft mit Ausnahme der Verwaltungshochschulen. Bei einem Netto-rücklauf von 11,2 Prozent konnten 4.726 gültige Antworten erhoben werden; 4.091 da-

¹ Die hier gezeigten Ergebnisse sind ein Auszug aus Püttmann, V., Ruhose, J. und S. Thomsen (2021). Academics' Attitudes toward Engaging in Public Discussions – Experimental Evidence on the Impact of Engagement Conditions. IZA Discussion Paper Nr. 14668, Bonn. <https://ftp.iza.org/dp14668.pdf>. Dort finden sich die ausführliche Beschreibung der Analyse, Ergebnisse und Interpretation.

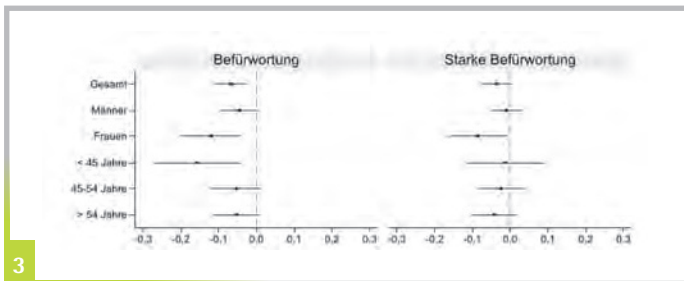
von fließen in diese Analyse ein. Für das Experiment wurden alle Befragten um eine Einschätzung dazu gebeten, inwiefern sie eine Verringerung beziehungsweise Ausweitung der Beteiligung von Wissenschaftler*innen an öffentlichen Debatten befürworten. Ein zufällig ausgewählter Teil der Befragten wurde vor der Beantwortung der Frage explizit darauf hingewiesen, dass sich mit einem solchen

Beibehaltung des gegenwärtigen Niveaus aus. Bei der Auswertung des Experiments betrachten wir deshalb, inwiefern sich der Hinweis auf Risiken auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, dass eine beziehungsweise ein Befragte/r zur Gruppe der Befürwortenden einer Ausweitung (das heißt Befürwortung von „mehr“ oder „viel mehr“ Engagement) sowie zu der Gruppe der stark Befürwortenden (das heißt ausschließlich Befürwortung von „viel mehr“ Engagement) gehört.

Das Hervorheben möglicher Risiken lässt die insgesamt positiven Einstellungen sichtbar negativer ausfallen. *Abbildung 3* zeigt den entsprechenden Effekt des Hinweises, ausgedrückt als Änderung der Wahrscheinlichkeit zur Gruppe der (stark) Befürwortenden zu gehören. Im Vergleich mit der Kontrollgruppe (markiert durch die gestrichelte Mittellinie) sinkt die Wahrscheinlichkeit, zu den Befürwortenden zu gehören, durch den Hinweis auf Risiken um 6,7 Prozentpunkte (markiert durch den schwarzen Punkt). Bei rund 75 Prozent Befürwortenden in der Kontrollgruppe kommt dies einer Verringerung der Gruppe der Befürwortenden um knapp 9 Prozent gleich. Auch bei Berücksichtigung der statistischen Unsicherheit (markiert durch die schwarze Linie) bleibt dieser Unterschied zwischen beiden Gruppen eindeutig, das heißt, der Effekt ist statistisch signifikant. Die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der stark Befürwortenden zu gehören, sinkt aufgrund des Hinweises ebenfalls; der Effekt ist jedoch vergleichsweise schwach und lediglich marginal statistisch signifikant.

Die durchschnittliche Veränderung in den Einstellungen trifft allerdings nicht in gleichem Maße auf alle Gruppen von Professor*innen zu (*siehe*

Abbildung 3). So reagieren unter anderem jüngere Befragte deutlich stärker auf den Risikohinweis. Ein Erklärungsansatz hierfür ergibt sich aus einer Betrachtung des jeweiligen Verhältnisses von Kosten und Nutzen. Prinzipiell kann das öffentliche Auftreten zum Aufbau von Reputation beitragen. Im Vergleich mit anderen Formen des Reputationserwerbs kommt dem jedoch allenfalls eine nachgeordnete Bedeutung zu. Demgegenüber stehen Kosten in Form der Belastung durch persönliche Angriffe, einseitiger Wahrnehmung und/oder möglicher Reputationsschäden. So sind innerhalb der Wissenschaft übliche Diskurs- und Reflexionsprozesse im Rahmen öffentlicher Debatten nur eingeschränkt möglich. Auch können die Dringlichkeit und die Notwendigkeit von Vereinfachungen zu (unzulässigen) Verkürzungen oder Pointierungen von spezifischen Positionen und Argumenten führen, die den Beteiligten als mangelnde Wissenschaftlichkeit angelastet werden können. Für Jüngere, die am Anfang ihrer Karriere stehen und auf den Ausbau wissenschaftlicher Reputation angewiesen sind, dürften die potenziellen Kosten den Nutzen allzu schnell überwiegen. Bei Älteren mit bereits hoher Reputation kann öffentliches Engagement hingegen eine Form des Erwerbs zusätzlicher Reputation darstellen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass diese im Laufe ihrer Karriere bereits eine gewisse Resilienz gegenüber einer öffentlichen Exposition aufgebaut haben. Noch ausgeprägter sind die Geschlechterunterschiede. Während die Risiken bei den Professoren nur geringe Auswirkungen haben, verringern diese die insgesamt positivere Einstellung unter den Professorinnen überproportional. Auch hier ließe sich vermuten, dass die Risiken eine unterschiedliche Qualität haben.



3

Abbildung 3
Durch den Hinweis auf Risiken bedingte Veränderung der Wahrscheinlichkeit, zu den (starken) Befürworterinnen einer Ausweitung des Engagements von Wissenschaftler*innen in der Öffentlichkeit zu gehören (Punktschätzer und 95 %-Konfidenzintervalle; N Gesamt = 4.091).
Quelle: Eigene Darstellung

Engagement durchaus Risiken verbinden (*Treatmentgruppe*). Um dies zu unterstreichen, wurden die benannten Beispiele von Christian Drosten und Hendrik Streeck angeführt. Ein anderer Teil der Befragten erhielt keinen entsprechenden Hinweis und dient in der Analyse als Kontrollgruppe. Da sich die Gruppen sonst nicht unterscheiden, isoliert die Differenz der Verteilungen der Antworten zwischen beiden Gruppen den Einfluss der Hervorhebung von Risiken auf die Einstellung der Befragten zum öffentlichen Engagement.

Grundsätzlich befürwortet ein Großteil der Befragten eine Ausweitung der Beteiligung von Wissenschaftler*innen an öffentlichen Debatten (Ergebnisse der Kontrollgruppe, *siehe* *Abbildung 2*): Rund drei Viertel wollen eine Ausweitung des Engagements, nahezu ein Viertel sogar eine starke Ausweitung. Lediglich 3,1 Prozent der Befragten plädieren hingegen für eine Reduktion des Engagements und nur 21,5 Prozent sprechen sich für die

Unterschiede in dem Ausmaß und der Form persönlicher Angriffe, wie sie gerade im digitalen Raum plausibel erscheinen, stellen eine mögliche Erklärung dafür dar, wie so Professorinnen stärker auf die Betonung von Risiken reagieren.

Aus den Ergebnissen ergeben sich einige Anknüpfungspunkte für die gegenwärtig vermehrt anzutreffenden Bemühungen, die direkte Kommunikation von Wissenschaftler*innen in Richtung einer breiten Öffentlichkeit zu befördern. So ließe sich fragen, ob derartige Bemühungen nicht einer stärkeren Berücksichtigung möglicher Risiken

bedürfen. Ein öffentliches Engagement stellt letztlich keine Kernaufgabe von Wissenschaftler*innen dar und ist somit in besonderem Maße von deren individueller Bereitschaft abhängig. Strategien zum Schutz vor möglichen Folgewirkungen könnten deshalb eine Möglichkeit darstellen, das öffentliche Engagement zu fördern. Dies wäre gerade auch im Hinblick auf die ermittelten Unterschiede in der Abschreckungswirkung von Risiken bei verschiedenen Gruppen von Wissenschaftler*innen relevant, damit eine adäquate Repräsentation der Vielfalt der Wissenschaft in der Öffentlichkeit gewährleistet wird.



Vitus Püttmann

Jahrgang 1985, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik und Doktorand an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Austauschbeziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Kontakt: puettmann@wipol.uni-hannover.de



Prof. Dr. Stephan Thomsen

Jahrgang 1977, ist Professor für Volkswirtschaftslehre sowie Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik und Geschäftsführender Leiter des Centers für Wirtschaftspolitische Studien (CWS). Seine Forschungsschwerpunkte liegen u.a. im Bereich der Angewandten Wirtschaftspolitik sowie der Evaluation von Politikreformen. Kontakt: thomsen@wipol.uni-hannover.de